

D R A H T E R L A S S

VS-Vermerk (Stempel)

04.05.1990

VLR Dr. Duckwitz 2581

Wächter 2653

Sondertagung ER Dublin 28.04.90

Ortez

410-421.26 VS-NfD

VS-NfD

Ortez

Handwritten notes: 411-511, 1084, 2-11A, 7/5

TELKO-NR.
EDV-Nr./Dat./Par.

Az.: 410-421.26 VS-NfD

Betr.: Sondertagung des Europäischen Rats am 28.04.1990 in  
Dublin

I.

Die Sondertagung des Europäischen Rats (ER) in Dublin - deutsche Teilnehmer BK Kohl und BM Genscher - war erfolgreich und erfüllte die deutschen Erwartungen. Wesentliche Ergebnisse waren die einmütige und lebhafteste Unterstützung für den deutschen Einigungsprozeß, sowie die grundsätzliche Übereinstimmung in dem Ziel, weitere entscheidende Schritte zur europäischen Einigung (Politische Union) zu unternehmen. Daneben wurden die mit der Verwirklichung des Binnenmarktes verbundenen Zielsetzungen sowie der Plan zur stufenweisen Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion bekräftigt.

Bei den Außenbeziehungen wurde die Rolle der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten im KSZE-Prozeß hervorgeho-

2 4. Mai 1990

ben, sowie die weitere Entwicklung der Beziehungen zu den Mittel- und Osteuropäischen Staaten (mit dem Ziel von Assoziierungsabkommen) und zu den Vereinigten Staaten erörtert. Das Drogenproblem und das internationale organisierte Verbrechen waren Anlaß zu besonderer Sorge des ER.

Im außenpolitischen Teil (EPZ) lag der Schwerpunkt *d.h. polit.*  
der Beratungen beim KSZE-Prozeß. *Unser ≠ EPZ!*

## II. Im einzelnen:

1. Vereinigung Deutschlands: Nachdem bereits das Treffen der Außenminister am 21.04. in Dublin einmütige Unterstützung zum deutschen Einigungsprozeß gebracht hatte, äußerte der ER seine Freude darüber, daß die Vereinigung Deutschlands unter einem europäischen Dach stattfindet. Die Gemeinschaft will Sorge tragen, daß die Eingliederung des Staatsgebiets der DDR in die Gemeinschaft reibungslos und harmonisch vollzogen wird. Dies werde zu einem rascheren Wirtschaftswachstum in der Gemeinschaft beitragen, wobei das wirtschaftliche Gleichgewicht und die monetäre Stabilität gewahrt bleiben müßten. Wichtig ist die Feststellung des ER, daß die Eingliederung ohne Änderung der EG-Verträge erfolgt. Die Bundesregierung sicherte der Gemeinschaft Unterrichtung über alle wichtigen, mit diesem Prozeß zusammenhängenden Maßnahmen, sowie Einbeziehung der Kommission zu.

Für die Zeit bis zur Vereinigung wird der DDR Zugang zu Kreditfazilitäten der Gemeinschaft (EIB, EURATOM, EGKS) zusätzlich zur Unterstützung im Rahmen der 24er Aktion

3 4. Mai 1990

zugesagt. Eine "Vorbeitrittshilfe" wurde nicht beschlossen und von uns auch nicht erbeten.

Die Kommission wird dem Rat Vorschläge für die erforderlichen Maßnahmen im Bereich des sekundären Gemeinschaftsrechts (Anpassungen, Übergangsfristen) vorlegen. Dieser Prozeß soll, auf das unbedingt Notwendige beschränkt, möglichst rasch zu einer vollständigen, ausgewogenen und möglichst harmonischen Eingliederung führen.

2. Politische Union: Der ER erörterte die am 18. April von Bundeskanzler Kohl und Präsident Mitterrand vorgelegte Verfahrensinitiative zur Verwirklichung der Politischen Union und bestätigte sein Engagement für dieses Ziel. Die Außenminister wurden beauftragt, eine eingehende Prüfung über die Notwendigkeit möglicher Vertragsänderungen aufzunehmen mit dem Ziel, die demokratische Legitimität der Union zu stärken, die Gemeinschaft und ihre Organe in die Lage zu versetzen, den neuen Anforderungen effektiv und effizient gerecht zu werden und ein einheitliches und kohärentes Vorgehen der Gemeinschaft auf internationaler Ebene zu gewährleisten. Das Ergebnis dieser Prüfung soll, verbunden mit Vorschlägen, dem ER im Juni vorgelegt werden. Dort soll über die Durchführung einer zweiten Regierungskonferenz entschieden werden, die parallel zur Regierungskonferenz zur Wirtschafts- und Währungsunion arbeiten soll, um die Ratifikation durch die Mitgliedstaaten in demselben zeitlichen Rahmen zu ermöglichen.

3. Zur - internen Entwicklung - der Gemeinschaft wurden das Ziel, den einheitlichen Markt ohne Binnengrenzen bis Ende 1992 zu verwirklichen und alle in der Einheitlichen Akte niedergelegten Ziel zu erreichen, und die Entscheidung, stufenweise eine Wirtschafts- und Währungsunion zur errichten, bekräftigt. Die Regierungskonferenz über die Wirtschafts- und Währungsunion, die im Dezember 1990 beginnt, soll ihre Arbeiten so rasch abschließen, daß die Ratifikation durch die Mitgliedstaaten vor Ende 1992 erfolgen kann.

#### 4. Außenbeziehungen:

Die in den vergangenen Monaten zur Unterstützung der - Länder Mittel- und Osteuropas - ergriffenen Maßnahmen (Gründung einer Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Abschluß von Handels- und Kooperationsabkommen, Verabschiedung von Gemeinschaftsprogrammen für Berufsbildung und Austausch von Studenten, Hilfsmaßnahmen im Rahmen der 24er Aktion) sollen fortgeführt werden. die nächste Ministertagung der G 24 soll beschließen, die Hilfsmaßnahmen auf die DDR, die Tschechoslowakei, Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien, auszuweiten. Ausdrücklich wird der Rat aufgefordert, umgehend über mögliche Assoziierungsabkommen mit jedem der mittel- und osteuropäischen Länder zu beraten mit dem Ziel, Verhandlungen mit diesen Ländern so bald wie möglich abzuschließen. Angestrebt wird ihre engere wirtschaftliche und auch politische Verbindung mit der Gemeinschaft. Voraussetzung sind Einführung eines demokratischen Systems

5 4. Mai 1990

und Übergang zur Marktwirtschaft.

Die transatlantischen Beziehungen zu den - Vereinigten Staaten - sollen weiter ausgebaut werden. Regelmäßige Treffen zwischen dem Präsidenten des Europäischen Rates und dem Präsidenten der Vereinigten Staaten sowie weitere regelmäßige Kontakte unter Einbeziehung auch der Kommission sollen diesem Ziel dienen.

Der ER betonte das Interesse an einer baldigen Einigung mit den - EFTA-Ländern - über die Schaffung eines europäischen Wirtschaftsraums.

Daneben wurden die Beziehungen zu den Mittelmeerländern, den AKP-Ländern, den Ländern in Asien und Lateinamerika sowie Japan, Kanada, Australien und den andern OECD-Länder hervorgehoben. Der ER betonte sein Interesse an einem erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen im Rahmen der Uruguay-Runde.

5. Auf Initiative des Bundeskanzlers befaßte sich der ER mit dem Drogenmißbrauch und - damit zusammenhängend - dem internationalen organisierten Verbrechen. Bis zum Juni soll dem ER Bericht erstattet werden über Maßnahmen zur effizienteren Koordinierung und einer konzertierten Aktion der Gemeinschaft gegen Drogenmißbrauch und illegale Herstellung und Verbreitung sowie den illegalen Verkauf von Rauschgift.

6. - Im außenpolitischen Teil (EPZ) - lag der Schwerpunkt beim KSZE-Prozeß. Im Rahmen von Leitlinien für die Fortentwicklung der Außenbeziehungen der Gemeinschaft

6 4. Mai 1990

verabschiedete der ER besondere Leitlinien zur KSZE. Darin wird die Absicht der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten bekräftigt, weiterhin maßgeblich am KSZE-Prozeß mitzuwirken. Das Gipfeltreffen am Jahresende soll eine neue Phase des Helsinki- Prozesses eröffnen. Die Rolle der Gemeinschaft soll in diesem Zusammenhang gestärkt werden. Der ER drängt auf baldigen Beginn der Vorbereitungsarbeiten für den Gipfel und schlägt vor, daß der Vorbereitungsausschuß der 35 seine Arbeit im Juli aufnimmt. Während der Ort der Vorbereitung offen gelassen wurde (Wien), gelang es der französischen Delegation, hinsichtlich des Gipfels selbst eine Entscheidung der Zwölf zugunsten von Paris zu erreichen. Im übrigen bekräftigt der ER die von den zwölf Außenministern am 20.02.1990 formulierten Grundsätze. Für uns ist es wichtig, daß der ER in diesem Zusammenhang die Bedeutung der Wiener Abrüstungsverhandlungen hervorhebt und auch das Ziel neuer institutioneller Regelungen im KSZE-Prozeß angesprochen wird.

Auf Drängen der griechischen Delegation enthalten die Schlußfolgerungen außerdem einen Appell des ER zur Wiederaufnahme der gegenwärtig blockierten Volksgruppengespräche auf - Zypern - .

## II. Wertung

Der Europäische Rat hat die Politik der Bundesregierung der Einbettung des deutschen Einigungsprozesses in den Europäischen Integrationsprozeß einmütig unterstützt . Wir können auf Sympathie und Unterstützung der Gemeinschaft und

7 4. Mai 1990

ihrer Mitgliedstaaten auf dem weiteren Weg zur deutschen Einheit rechnen und gleichzeitig parallel an dem Ziel der Verwirklichung der Europäischen Politischen Union weiterarbeiten. Die deutsch-französische Initiative vom 18.04. hat einen deutlichen Impuls gegeben, den es jetzt in inhaltliche Beschlüsse umzusetzen gilt. Die Gemeinschaft hat gleichzeitig unterstrichen, daß sie neben der intensiven Beschäftigung mit ihrer inneren Entwicklung nicht weniger stark ihre wichtige Rolle insbesondere in den Beziehungen zu den Staaten Mittel- und Osteuropas und deren Unterstützung auf dem Weg zu freiheitlichen Demokratien sieht. Daneben sucht sie ein ausgewogenes und partnerschaftliches Verhältnis zu den Ländern anderer Regionen, insbesondere auch zu den USA.

Die Schlußfolgerungen des Vorsitzes des ER werden im Bulletin abgedruckt.

(410/200)

Trautwein  
nnnn

Namenszug oder Paraphe	Verteiler
------------------------	-----------

8 4. Mai 1990

Mitzeichnung vor Abgang	
VS-Vermerk (Stempel)	